

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 189-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.891

Eingereicht am: 13.09.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: de Meuron (Thun, Grüne) (Sprecher/in)
Rudin (Lyss, glp)
Kohli (Bern, BDP)
Müller (Langenthal, SP)
Löffel-Wenger (Münchenbuchsee, EVP)
Müller (Bern, FDP)

Weitere Unterschriften: 9

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Dank neuer Technologien wachsende Sharing Economy – Wo steht der Kanton Bern?

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine kantonale Strategie Sharing Economy zu erarbeiten und dazu in einem kurzen Bericht Chancen wie auch Herausforderungen für den Kanton Bern aufzuzeigen.

Der verlangte Bericht soll insbesondere aufzeigen:

1. Auswirkungen auf Volkswirtschaft (Chancen: neue Geschäftsfelder; Herausforderungen: fehlende Steuern und Sozialleistungen)
2. Empfehlungen für allenfalls nötige Regulierungsmassnahmen und Regelung der Zuständigkeit

Begründung:

Sharing Economy ist in aller Munde. Gemeint ist damit der gemeinsame Gebrauch von Gütern und Dienstleistungen. Bei einigen als Sharing genannten Anbietern wie Uber und Airbnb handelt es sich nicht um Sharing im eigentlichen Sinne. Hinter diesen Plattformen stehen zum Teil kom-

merzielle Anbieter, die eine Leistung auf Bestellung anbieten und nicht im eigentlichen Sinne Ressourcen teilen.

Ob echtes Sharing oder nicht, es ist anzunehmen, dass dank der neuen Technologien solche Angebote weiterwachsen werden und neue Geschäftsmodelle entstehen. Diese könnten auf der einen Seite zu Wettbewerbsverzerrungen führen, aber auf der anderen Seite können sie auch einen positiven Effekt auf die Nachhaltigkeit und den Ressourcenverbrauch haben. Sicher ist, unsere Gesellschaft wird sich entsprechend verändern, und der Staat muss sich dazu eine Meinung bilden und Position beziehen. Es stellt sich die Frage, welche Strategie der Kanton bei diesem Thema verfolgt. Welche Handlungsfelder liegen in seiner Kompetenz, welche in der Kompetenz des Bundes oder der Gemeinden? Wo sind allenfalls Regulierungen nötig und wo nicht, damit die Vorteile überwiegen und dank Sharing Economy eine nachhaltige Entwicklung gefördert wird?

Verteiler

- Grosser Rat